

WESER KURIER



TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

FREITAG, 3. JANUAR 2020 | 76. JAHRGANG | NR. 2 | EINZELPREIS 1,80 €



Ein van Gogh für 1,55 Euro

Ein Gemälde des niederländischen Malers Vincent van Gogh zieht eine neue Sonderbriefmarke der Deutschen Post. Vorgestellt wurde das Motiv am Donnerstag in der Kunsthalle Bremen – denn „Mohnfeld“, entstanden

1899, befindet sich seit 1911 im Besitz des Museums. Hier hält Christian Oldenburg, Verkaufsberater bei der Deutschen Post, die Marke in die Kamera. Ihr Wert beträgt 155 Cent, gedruckt wird sie mehr als 100 Mil-

lionen Mal – als nass- und selbstklebende Variante. Die Sonderbriefmarke ist Teil der Serie „Schätze aus deutschen Museen“. Wer van Goghs Blumenwiese betrachten will, muss sich im Übrigen vorerst mit der Miniaturaus-

gabe begnügen: Derzeit ist das Bild wegen der hiesigen „Ikonen“-Ausstellung an das Guggenheim-Museum im spanischen Bilbao verliehen. Erst Mitte Mai kehrt es zurück nach Bremen. **TEXT: FRK/FOTO: FRANK THOMAS KOCH**

Wer mehr verdient, soll mehr zahlen

Vorschläge des Automobilverbandes zum Parken in der City stoßen in Bremen auf geteiltes Echo

VON MARC HAGEDORN

Bremen. Besserverdienende sollen mehr für Bewohnerparkausweise zahlen. Die Kommunen sollen mehr Spielraum bekommen, um Preise für Parkplätze zu erhöhen oder zu senken. Und für Elektroautos soll es mehr Sonderparkplätze geben. Das sind die Kernpunkte eines umfangreichen Papiers, das der Verband der Automobilindustrie (VDA) vorgelegt hat. Ziel ist es, den sogenannten Parkdruck in den Städten zu verringern und den Parkverkehr besser zu lenken.

In Bremen stoßen die Vorschläge der Industrie auf ein geteiltes Echo. Dass etwa mehr Sonderparkplätze für E-Autos tatsächlich ein erfolgversprechender Ansatz sind, erscheint angesichts der ersten Erfahrungen zumindest fraglich. In Bremen gibt es in vier Parkhäusern E-Tankstellen. In den Parkhäusern Am Brill, Am Dom, Mitte und Stephani stehen je zwei Stromladesäulen zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung. „Die Nachfrage steigt zwar, aber es ist nicht so, dass die Kapazitäten permanent genutzt werden“, sagt Erika Becker, Geschäftsführerin der Brepark. Noch ist die

Nachfrage also überschaubar. Auf steigenden Bedarf sei man aber vorbereitet, so Becker.

Im Positionspapier des VDA heißt es, dass der Parksuchverkehr und das Verkehrsaufkommen verringert werden sollen. Allerdings hält es der VDA gleichzeitig für „unabdingbar“, den Mobilitätsbedürfnissen der Bewohner, der Wirtschaft und von Pendlern gerecht zu werden. Mit anderen Worten: Städte ohne Autos soll es in Zukunft nicht geben.

Diese Annahme steht im Widerspruch zum politischen Willen in Bremen. Die City soll nach den Plänen der rot-grün-roten Regierungskoalition bis 2030 autofrei sein. „Und autofrei heißt autofrei“, sagt Jens Tittmann, Sprecher des Verkehrsressorts. Deshalb ist eine vom Deutschen Städtetag ins Spiel gebrachte City-Maut nach dem Beispiel Londons in Bremen auch kein Thema. Man setze stattdessen auf die Stärkung des Umweltverbundes, so Tittmann, also auf Car-Sharing, den ÖPNV und das Fahrrad. Das Parken wird in Bremen perspektivisch teurer. Pläne dazu befinden sich in der Ressortabstimmung.

Der VDA platziert sein Papier in eine seit einiger Zeit intensiv geführte Debatte. Es geht

um die Nutzung der immer knapper werdenden öffentlichen Flächen in Städten. Wie groß der Parkdruck in Bremen ist, zeigt zum Beispiel das 731 Seiten starke Strategiepapier der Verkehrs- und Innenbehörde, das dem Mangel an Parkplätzen in bestimmten Quartieren, etwa im Hulsberg-Viertel und in Teilen Findorffs, begegnen soll (wir berichteten).

Positiv bewertet das Verkehrsressort die vom VDA geforderten Veränderungen beim Bewohnerparken. Die bundesweite Obergrenze für einen Parkausweis liegt bei 30,70 Euro. In Bremen kostet eine Erlaubnis 30 Euro pro Jahr, für zwei Jahre 50. „Dieses starre Konzept über Bord zu werfen, ist ein begrüßenswerter Ansatz“, sagt Tittmann. Der Deutsche Städtetag hält einen Rahmen von 20 bis 200 Euro in Zukunft für angemessen. „Bedenkenswert“ nennt das Bremer Verkehrsressort den VDA-Ansatz, die Preise einkommensabhängig zu staffeln. Im Klartext: Besserverdienende mehr bezahlen zu lassen.

An der Kostenschraube will der VDA auch an anderer Stelle drehen. Der Verband unterstützt Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, der plant, dass die Bußgelder für Par-

ken in der zweiten Reihe sowie auf Geh- und Radwegen deutlich steigen sollen. Statt wie bisher 15 Euro sollen dann bis zu 100 Euro Strafe fällig werden.

Geht es nach dem VDA, soll es Städten künftig möglich sein, anstelle von Gebühren im Zuge „ganzheitlicher Mobilitätskonzepte“ Preise für die Nutzung von Parkraum zu erheben. Preise könnten differenzierter und flexibler eingesetzt werden, heißt es, bei knappem Raum oder in Spitzenzeiten etwa verteuert beziehungsweise anderswo auch gesenkt werden. Darauf reagiert die Branche skeptisch. Parkhäuser zum Beispiel richteten ihre Angebote schon jetzt nach den Bedürfnissen der Autofahrer aus, sagen die Experten. Parkplätze seien zu Büro-, Geschäfts- und Stoßzeiten so oder so immer knapp.

In Bremens Parkhäusern sind die Preise zum Jahreswechsel angehoben worden. Für eine halbe Stunde zahlt man jetzt einen Euro statt 90 Cent. Es gilt flächendeckend zwischen 7 und 22 Uhr ein Tagestarif mit dem täglichen Höchstsatz von zwölf Euro. Der Nachttarif (22 bis 7 Uhr) liegt bei maximal vier Euro.

Kommentar Seite 2

Windkraft-Prämie für Anwohner

Berlin. Der Ausbau der Windkraft geht nur schleppend voran, auch weil vielerorts die Menschen gegen den Bau von Windrädern vor ihrer Haustüre klagen. Geht es nach der SPD soll den betroffenen Anwohnern der Ausbau mit einer Ausgleichszahlung schmackhaft gemacht werden. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe prüfe derzeit entsprechende Konzepte, erklärte SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Denkbar sei, die Kommunen am Umsatz von Windparks zu beteiligen. Auch direkte Zahlungen an die Anwohner in Form eines sogenannten Windbürgergelds seien möglich. Bis April soll eine Einigung vorliegen. Die SPD will außerdem Möglichkeiten der Bürger einschränken, Windräder vor der Haustür und den Bau neuer Stromleitungen auf dem Klageweg zu verhindern. Die bisherigen „langatmigen Planungsprozesse“ werde sich Deutschland nicht mehr erlauben können. Das Gemeinwohl müsse Vorrang vor den Interessen des Einzelnen haben, so Miersch. **DPA**

Kommentar Seite 2/Bericht Seite 17

BREMEN

Bremen auf dem Weg zum Sportstudium

9

Knapp zwei Jahre nach dem Aus für die Sportlehrerausbildung an der Bremer Uni wird der Wiederaufbau des Studiengangs vorbereitet. Ein Institut in Hannover ist mit einer Machbarkeitsstudie beauftragt.

NIEDERSACHSEN

Alte Mordfälle neu aufgerollt

14

Die quälende Ungewissheit der Angehörigen treibt Ermittler immer wieder an, das Archiv nach ungelösten Mordfällen zu durchforsten. Aktuelle Erfolge sind Belege für die sinnvolle Arbeit.

KULTUR

Diese Filme kommen 2020 in die Kinos

22

Vieles, was 2019 auf deutschen Leinwänden zu sehen war, hat es so oder ähnlich schon einmal gegeben. Auch 2020 setzt sich der Remake-Trend fort – unter anderem mit Disneys „Mulan“. Außerdem laufen viele Fortsetzungen an, darunter „Top Gun: Maverick“, ein zweiter Teil des 1986 erschienenen Action-Klassikers mit Tom Cruise. Der ist auch jetzt wieder mit dabei – inzwischen als Pilotenausbilder für eine besonders heikle Mission. **FOTO: KIM HEE-CHUL/DPA**



Familienanzeigen 21
Fernsehen 6
Lesermeinung 7

Rätsel & Roman 28
Tipps & Termine 12
Veranstaltungsanzeigen 27

Mehr Kontrolle über Digitalgiganten

Düsseldorf. Das Bundeskartellamt will mehr Möglichkeiten zur Kontrolle von Digitalkonzernen wie Facebook erhalten. „Wir sollten bestimmten Digitalgiganten früher und schneller als bislang Auflagen machen können. Die Dynamik des Internets bringt es mit sich, dass es nicht ausreicht, wenn wir immer erst dann tätig sein dürfen, wenn bereits Tatsachen von den Unternehmen geschaffen wurden“, sagte Kartellamtspräsident Andreas Mundt der „Rheinischen Post“. Mundt betonte, die großen Internetplattformen mit ihren Datenschätzen hätten mittlerweile eine „schier uneinholbare Marktposition“. Deshalb müssten neue Instrumente in Betracht gezogen werden, um kleinen Unternehmen auch künftig den Zugang zu den Märkten zu ermöglichen und die Verbraucher zu schützen.

Zuletzt hatte das Oberlandesgericht Düsseldorf allerdings einen Versuch des Bundeskartellamts ausgebremst, Facebooks Datensammlung in Deutschland mithilfe des Wettbewerbsrechts einzuschränken. Dabei ging es unter anderem um die umstrittene Zusammenführung der Nutzerdaten von Facebook und der Tochterfirma Whatsapp. Mundt will diese Entscheidung nicht hinnehmen. „Wir haben Beschwerde beim Bundesgerichtshof eingereicht. Wir sind davon überzeugt, dass Facebook seine marktbeherrschende Stellung missbräuchlich ausnutzt, wenn es diese Daten ohne ausdrückliche Zustimmung der Nutzer zusammenführt.“ **DPA**

Parlament stimmt Libyen-Einsatz zu

Ankara. Das türkische Parlament hat grünes Licht für eine mögliche Militärintervention im Bürgerkriegsland Libyen gegeben. Eine Mehrheit von 325 Abgeordneten billigte am Donnerstag in Ankara ein Mandat, das es Präsident Recep Tayyip Erdogan ein Jahr lang erlaubt, türkische Soldaten nach Libyen zu schicken. 184 Parlamentarier stimmten dagegen. Erdogan will damit die international anerkannte Regierung unter Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch in Tripolis stützen. Die liefert sich einen Machtkampf mit dem einflussreichen General Chalifa Haftar. Der Präsident ist nun berechtigt, über „Grenze, Ausmaß, Menge und den Zeitpunkt“ der Entscheidung zu entscheiden, „um militärische Operationen und Interventionen durchzuführen, falls nötig“. Wann Erdogan die Erlaubnis in Anspruch nehmen wird, war unklar.

In Libyen herrscht seit dem Sturz von Langzeitherrscher Muammar al-Gaddafi 2011 Chaos. Haftar kontrolliert mit seiner selbst ernannten Libyschen Nationalarmee (LNA) Gebiete im Osten des Landes, will aber die Macht über das ganze Land. Im vergangenen Jahr hatte er einen Angriff auf Tripolis begonnen, wo die Sarradsch-Regierung sitzt. Haftar wird unter anderem von Russland, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt.

In der nun erteilten Erlaubnis heißt es zur Begründung eines möglichen Einsatzes unter anderem, die sich verschlechternde Lage in Libyen bedrohe auch die Interessen der Türkei im Mittelmeerraum und Nordafrika. Der Türkei geht es neben regionalem Einfluss auch um Rohstoffe in der Region, etwa Erdgasvorkommen. Erdogan hatte bei seiner Neujahrsansprache gesagt, mit den Vereinbarungen seien „Projekte, die darauf abzielten, die Türkei vollständig aus dem Mittelmeerraum auszuschließen“, vereitelt worden. **DPA**

Bericht Seite 5

29 Tage Streik in Frankreich

Paris. In Frankreich haben die Mitarbeiter des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs ihren Dauerstreik gegen die geplante Rentenreform am Donnerstag fortgesetzt. Der Ausstand bei der Staatsbahn SNCF sei mit 29 Tagen nun länger als der große Streik, der im Winter zwischen 1986 und 1987 den Zugverkehr lahmgelegt hatte, berichteten Medien, während sich in Paris erneut Demonstranten versammelten.

Auf der Avenue de l'Opéra im zweiten Arrondissement schwenkten sie Fahnen der Gewerkschaft CGT. Die Polizei richtete Straßensperren ein. Unweit der Zentrale der Partei von Staatschef Emmanuel Macron, La République en Marche (LREM), schossen Polizisten Tränengas, um Demonstranten auseinanderzutreiben. Dutzende Menschen mussten in den engen Gassen vor dicken Tränengaswolken fliehen. Der LREM-Vorsitzende Stanislas Guerini erklärte auf Twitter, dass es sich um ein „versuchtes Eindringen radikalisierter Demonstranten“ in die Parteibüros gehandelt habe. Die Polizei bestätigte den Vorgang zunächst nicht. **DPA**

ÜBRIGENS ...

... haben Schildkröten gute Chancen die Welt der sportlichen Wettbewerbe um eine Disziplin zu bereichern – jedenfalls im Sudan. Tierärztin Nun Mahdschub gilt als Erfinderin des Schildkrötenrennens, das sich in ihrer Heimat zunehmender Beliebtheit erfreut. In der Hauptstadt Khartoum brachte eine Rennschildkröte ihrer Besitzerin jüngst eine Trophäe und 1000 sudanesischen Pfund (umgerechnet zehn Euro) ein. Mahdschub hat 2018 eine Schildkrötenzucht begonnen und gleichzeitig einen lukrativen Tierhandel eröffnet. Viele ihrer Kunden sind Mütter auf der Suche nach Geschenken, um ihren Nachwuchs von Computern wegzulocken. **DPA**

WETTER



Zeitweise Regen und starke Böen

Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

